

Stellennachfrage auf Rekordhöhe

Nürnberg (dpa) Die gute Auftragslage vieler deutscher Unternehmen hat die Nachfrage nach Arbeitskräften zum Frühjahrsbeginn auf eine neue Rekordhöhe steigen lassen. Im März habe es so viele freie Stellen gegeben wie seit mindestens elf Jahren nicht mehr, berichtete die Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Nürnberger Bundesbehörde führt diese Entwicklung auf die „insgesamt positive Grundstimmung sowie die optimistischen Ausblicke der Unternehmen“ zurück. Es gebe kaum noch eine Branche in Deutschland, in der es keine freien Stellen gebe.

Der seit 2004 erhobene Stellenindex BA-X kletterte nach BA-Angaben im zu Ende gehenden Monat auf 184 Punkte; er lag damit einen Punkt über dem Februar-Niveau und 20 Punkte höher als vor einem Jahr. Allerdings habe das Stellenwachstum seit Jahresbeginn an Schwung verloren, betonte die BA. Die absolute Zahl der offenen Stellen will sie heute zusammen mit den Arbeitslosenverhältnissen veröffentlichen. Allerdings spiegeln die große Zahl der offenen Stellen nicht nur die gute konjunkturelle Lage wieder, räumt die BA ein. Sie sei auch eine Folge des derzeit häufigeren Stellenwechsels. Viele Beschäftigte nutzten die gute Wirtschaftslage für eine berufliche Veränderung; dadurch würden Stellen häufiger frei. Sie wieder zu besetzen dauere inzwischen länger als in Konjunkturkrisen. Freie Stellen gebe es derzeit vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen.

Den wachsenden Optimismus der Bundesagentur teilen auch die meisten Volkswirte deutscher Großbanken. Sie gehen davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr um rund 90 000 bis 100 000 sinken wird – das ist deutlich mehr als viele Ökonomen noch vor einigen Monaten angenommen hatten.

Tagesgeld

Konditionen für 10.000 Euro Anlagebetrag

| Anbieter-Auswahl | Zinsen in % | Ertrag in Euro* |
|--|-------------|-----------------|
| Consorsbank^{1,2} | 1,10 | 55,08 |
| MoneyYou^{1,3} | 1,05 | 52,57 |
| Renault Bank direkt^{1,2,3} | 1,10 | 50,85 |
| VTB Direktbank^{1,3} | 1,00 | 50,06 |
| ING-DiBa^{1,2} | 1,00 | 43,33 |
| Merkur Bank¹ | 0,80 | 40,04 |
| Hanseatic-Bank Stuttgart | 0,45 | 22,52 |
| Mercedes-Benz Bank¹ | 0,40 | 20,02 |
| Ziraat-Bank Stuttgart¹ | 0,40 | 20,01 |
| PSD RheinNeckarSaar¹ | 0,25 | 12,50 |
| Schlechtester Anbieter | 0,01 | 0,50 |

Trend: leicht fallend

*Nach 6 Monaten, Anzahl der Zinstermine berücksichtigt;
1) Online-Kondition, 2) für Neukunden,
3) Einlagensicherung: 100.000 Euro/Person.

QUELLE: BIALLO.DE STAND: 30.03.2015

ABONNENTEN KÖNNEN EINE DREISEITIGE ÜBERSICHT VON ZINSKONDITIONEN KOSTENLOS AUS DEM INTERNET HERUNTERLADEN:

WWW.SUEDKURIER.DE/ABOVORTEIL-TIPP

BITTE HALTEN SIE DAZU IHRE ABONNENTENNUMMER BEREIT.

NACHRICHTEN

MATHIAS DÖPFNER

Axel-Springer-Chef wird Vodafone-Aufsichtsrat



M. Döpfner
BILD: DPA

Der Chef des Medienkonzerns Axel Springer, Mathias Döpfner, zieht in den Aufsichtsrat des britischen Telekommunikationskonzerns Vodafone ein. Der 52-jährige Manager sei mit Wirkung vom 1. April zum Non-Executive Direktor des weltweiten Konzerns berufen worden, teilte das Unternehmen mit. Der Vorsitzende der Vodafone-Gruppe, Gerard Kleisterlee, erklärte, mit dem Vorstandsvorsitzenden der Mediengruppe Axel Springer berufe der Konzern einen „der führenden Visionäre der globalen Medienindustrie“ in sein Kontrollgremium. (dpa)

BODENSEE

Winzer produzieren mehr Wein als üblich

Die Winzer im Südwesten haben im vergangenen Jahr wieder mehr Wein hergestellt. Aus der Traubenernte seien 2,36 Millionen Hektoliter erzeugt worden, teilte das Statistische Landesamt mit. Im Jahr 2013 waren es knapp 2 Millionen Hektoliter. Vor allem die Weinbaubereiche Markgräflerland (331 000 Hektoliter) und Bodensee (51 000 Hektoliter) schnitten gut ab: Sie übertrafen den Zehnjahresdurchschnitt um ein Fünftel. (dpa)

BADEN-WÜRTTEMBERG

Zahl der Gründungen geht zurück

Im vergangenen Jahr wagten deutlich weniger Menschen im Südwesten den Schritt in die Selbstständigkeit als 2013. Die Zahl der neu gegründeten Betriebe sank um sechs Prozent auf 70 769, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Damit ging die Zahl der Gründungen noch deutlicher zurück als im Bundesdurchschnitt. Einen leichten Zuwachs gab es bei Neugründungen im Nebenerwerb. (dpa)

IMPLANTAT-HERSTELLER

Brüssel genehmigt Übernahme mit Auflagen

Der US-Implantathersteller Zimmer darf den amerikanischen Konkurrenten Biomet unter Auflagen übernehmen. Dafür muss Zimmer mehrere Geschäftsbereiche veräußern, wie die EU-Kommission mitteilte. Ohne diese Zugeständnisse hätte der Zukauf nach Einschätzung der Brüsseler Behörde zu mangelndem Wettbewerb und damit zu höheren Preisen für die Verbraucher und weniger Neuentwicklungen geführt. (dpa)



Schwacher Euro lässt die Schuhpreise steigen

Teure Importware: Der schwache Euro wird nach Einschätzung der Branche Kleidung und Schuhe in den kommenden Monaten teurer machen. Weil in den Einkaufsländern in Asien entweder in Dollar gehandelt werde oder die jeweilige Landeswährung an den Dollar gekoppelt sei, schlage die anhaltende Euroschwäche voll durch. Preiserhöhungen seien daher dringend nötig. In der Branche ist von einem Preisanstieg von bis zu zehn Prozent die Rede. Nach Angaben des Modeindustrieverbands German Fashion liegen sieben der zehn wichtigsten Importländer in Asien. BILD: DPA

Früher war alles besser

- Starker Franken belastet die Schweizer Wirtschaft
- Einwanderungsinitiative bereitet Firmen Sorgen

VON DOROTHEE NEURURER

Zürich – Mit großem Interesse wurde gestern in Zürich die Bekanntgabe der Ergebnisse des deutsch-schweizerischen Handels 2014 auf der Jahreskonferenz der Handelskammer Deutschland-Schweiz verfolgt. Obwohl das Handelsvolumen einen leichten Zuwachs erzielte, war von wirklicher Zuversicht wenig zu spüren. 89,9 Milliarden Schweizer Franken erzielte der Außenhandel Deutschland-Schweiz für 2014, ein Plus von 0,7 Prozent zum Vorjahr (89,3 Milliarden Franken) und eine leichte Erholung nach zwei Jahren Rückgang.

Deutschland ist für die Schweiz nach wie vor wichtigster Handelspartner, obwohl die Import- und Exportanteile Deutschlands am Schweizer Außenhandel seit 2008 zurückgehen und es eine Verschiebung zugunsten der USA, China und in die Schwellenländer gibt. Immerhin betragen die Schweizerischen Einfuhren aus Deutschland Ende des letzten Jahres 51,3 Milliarden Franken. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft lag die Schweiz beim Handelsvolumen auf Platz 9. Damit ist die Schweiz für Deutschland ein bedeutender Handelspartner, noch vor Russland, Japan oder Brasilien. 2014 importierte

Deutschland für 38,6 Milliarden Franken Schweizer Produkte, das entspricht einem Zuwachs von 2,8 Prozent, der vor allem auf die Nachfrage nach Produkten aus der chemisch-pharmazeutischen Branche zurückgeht.

Der Frankenkurs war ein Schock, wie ihn die Schweizer Wirtschaft bis dato nicht gesehen hatte. Die Exporte nach Deutschland gingen im Januar in der Schweiz um 7 Prozent, im Februar um 3,1 Prozent zurück. Eine stichprobenweise Umfrage unter Schweizer Mitgliedsfirmen der Handelskammer im Februar ergab, dass knapp drei Viertel der Schweizer Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch den starken Franken beeinträchtigt sieht, die Hälfte sogar stark bis sehr stark.

Effizienz und Innovationen sind Pflicht

43 Prozent gehen in den kommenden 12 Monaten von einem Exportrückgang nach Deutschland aus, und 66 Prozent wollen jetzt mit Managementaufgaben auf die unsichere Währungssituation reagieren. Dabei setzten die Schweizer Unternehmen neben Innovation vor allem auf Effizienzmaßnahmen, wie Prozessoptimierung, Arbeitszeiterhöhung und Lohnsenkung. Einige Unternehmen prüfen auch, ob Einkaufsquellen in die EU oder Produktionsprozesse ins Ausland verlagert werden können. Zwar stützt man sich auf die Aussage von Ökonomen, wonach sich der Frankenkurs langfristig auf 1,25 bis 1,30 Franken je Euro einpendeln sollte, aber wann das sein wird, das weiß heute noch niemand. Bis dahin heißt es für die

Unternehmen, sich den Gegebenheiten so gut wie möglich anpassen und mit kleineren Margen auskommen.

Die Einwanderungsinitiative ist das zweite große Sorgenkind für den deutsch-schweizerischen Handel. Ein Jahr nach Annahme der Initiative, welche vorsieht, die Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz jährlich auf fixe Quoten zu kontingentieren, ist noch kein Lösungsansatz in Sicht. Es gibt Anstrengungen vonseiten der Schweiz mit der EU eine Verhandlungslösung zu erzielen. Spitzenverbände der Schweizer Wirtschaft setzen sich für ein flexibles Migrationsmodell mit Schutzklauseln in den Gesprächen mit der EU ein und betonen immer wieder die Vorteile, die sich aus der Erfahrung der bilateralen Abkommen bis dato ergeben haben. Sie warnen davor, dass das Festhalten an der Umsetzung der Einwanderungsinitiative faktisch das Ende der bilateralen Abkommen und damit das Ende der Personenfreizügigkeit bedeuten würde. Aber die Unsicherheit für Unternehmen im grenzüberschreitenden Handel bleibt, so lange sich auf politischer Ebene nichts bewegt. So erscheinen rückblickend gesehen die Jahre mit dem fixen Frankeneurokurs und den bilateralen Abkommen geradezu als Oase wirtschaftspolitisch stabiler Rahmenbedingungen.

Mehr über das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz in unserem Grenzgänger-Dossier unter: www.suedkurier.de/plus

Verdi erhöht den Druck auf die Post und Amazon

Die Gewerkschaft ruft zu Streiks und Warnstreiks auf. Zahlreiche Briefe und Pakete könnten an Ostern auf der Strecke bleiben

Bonn/Berlin (dpa) Die Gewerkschaft Verdi will ihre Mitglieder ab 1. April zu bundesweiten Warnstreiks bei der Deutschen Post aufrufen. Zahlreiche Kunden des Konzerns könnten daher an Ostern vergeblich auf ihre Päckchen warten. Seit gestern sind zudem Mitarbeiter an fünf Amazon-Standorten im Ausstand. Die Post geht davon aus, dass es durch die angekündigten Warnstreiks „zur Verzögerung einzelner Sendungen“ kommen wird. „Man kann die Auswirkungen nie ganz verhindern“, sagte Post-Sprecher Dirk Klasen.

Wann und wo die Warnstreiks stattfinden sollen, will Verdi erst kurzfristig bekannt geben. Mit den Warnstreiks



Ein Transparent der Gewerkschaft Verdi mit der Aufschrift „Wir wollen verhandeln“ hängt in einem Zelt vor dem Versandzentrum von Amazon in Leipzig. BILD: DPA

will die Gewerkschaft ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich Nachdruck verleihen. „Weitere Nebelkerzen am Verhandlungstisch brauchen wir nicht“, sagte Verdi-Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. Das Management der Deut-

schen Post hält dagegen, es habe bereits ein weiterreichendes Konzept zur wöchentlichen Arbeitszeit vorgelegt. „Es gibt daher aus den Verhandlungen heraus überhaupt keinen Grund für Warnstreiks“, erklärte Post-Personalführerin Melanie Kreis. Den nächsten Verhand-

lungstermin hatten die Tarifpartner bereits für den 14. April angesetzt. Verdi fordert für die nach ihren Angaben 140 000 Tarif-Beschäftigten der Post eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden – bei vollem Lohnausgleich. Das sieht die Post als „Knackpunkt“ an. „Das würde ja bedeuten, dass die Beschäftigten 2,5 Stunden weniger arbeiten würden, aber trotzdem das gleiche Gehalt verdienen. Das können wir so einfach nicht akzeptieren“, sagte Klasen.

Amazon lehnt höhere Löhne ab

Betroffen von Arbeitsniederlegungen bei Amazon waren die Standorte Bad Hersfeld (Hessen), Leipzig (Sachsen), Koblenz (Rheinland-Pfalz), Werne und Rheinberg – (beide Nordrhein-Westfalen). „Wer mit Standardversand bis Dienstagabend bestellt, kann sicher sein, dass die Ware noch am Samstag

ankommt“, versprach Amazon-Sprecherin Anette Nachbar. Das Unternehmen arbeitet mit verschiedenen Partnern zusammen, darunter auch mit der Deutschen Post DHL.

Nach Angaben von Amazon in München folgten insgesamt weniger als 830 Mitarbeiter in der Frühschicht dem Streikaufruf. Laut Verdi beteiligten sich allein in Bad Hersfeld am Morgen etwa 400 Beschäftigte an dem Ausstand. „Wir wollen nicht den Kunden schaden, nur Amazon dazu bringen, die Blockadehaltung aufzugeben“, sagte Verdi-Sprecherin Eva Völpel in Berlin.

Verdi will Amazon zur Aufnahme von Tarifverhandlungen bewegen – zu den besseren Bedingungen des Einzel- und Versandhandels. Das Unternehmen lehnt das ab und verweist darauf, dass sich die Bezahlung der Mitarbeiter am oberen Bereich der Logistikbranche orientiere.